

DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16212
Montag, 24. Jänner 2022

Informationsoffensive zur Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 gestartet	1
Treibhausgasemissionen 2020 in Österreich um 7,7% gesunken	3
Ökosoziale Steuerreform schafft Spagat zwischen Umweltschutz und Entlastung	4
"Wolfsverordnung" soll von Kärntner Landesregierung morgen beschlossen werden	5
Gahr stellte parlamentarische Anfrage zur Situation mit großen Beutegreifern	6
Titschenbacher: Holznutzung ist Klimaschutz ohne Atomkraft	7
EU-Schlachtrindermarkt: Angebot weiterhin überschaubar	9
FH-Studenten präsentierten Lösungen für die Präzisionslandwirtschaft	9
LFS Hollabrunn als erster Green Care-Gartenhof zertifiziert	10
Weißrussland: Agrarexporte 2021 auf neuem Höchststand	11
Neue Staatsmeister der österreichischen Gartengestalter kommen aus Tirol	11

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische
Versicherung

Informationsoffensive zur Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2023 gestartet

Köstinger/Moosbrugger/Strasser: Bäuerinnen und Bauern bestmöglich vorbereiten

Wien, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - Nach langen, intensiven Verhandlungen auf europäischer und nationaler Ebene geht die Finalisierung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 in die Zielgerade. Es stehen rund 1,6 Mrd. Euro pro Jahr direkt für die landwirtschaftlichen Betriebe zur Verfügung, das sind um 73 Mio. Euro pro Jahr oder 365 Mio. Euro in der gesamten Periode mehr für unsere Bäuerinnen und Bauern als in der Vorperiode. Mit der GAP ab 2023 werden diese Mittel neu verteilt, die bäuerlichen Betriebe müssen sich jetzt darauf vorbereiten, wie sie die Mittel abholen können. Bundesministerin **Elisabeth Köstinger**, der Präsident der Landwirtschaftskammer (LK) Österreich, **Josef Moosbrugger**, und der Vorsitzende des parlamentarischen Landwirtschaftsausschusses, **Georg Strasser**, haben deshalb eine gemeinsame Informationsoffensive zur künftigen GAP vorgestellt. Ziel ist es, die neuen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten der GAP zu den heimischen Bäuerinnen und Bauern zu bringen. Alle Informationen stehen auf der Plattform www.landwirtschaft.at zur Verfügung.

Die Informationsoffensive umfasst mehrere Schwerpunkte: Ein Video erklärt die Schwerpunkte der GAP (<https://www.youtube.com/watch?v=22TcmBAAbtg>); Infokarten liefern kurz und klar die wichtigsten Fakten zu 18 GAP-Schwerpunkten; zusätzlich sind Social-Media-Aktivitäten vorgesehen, um die Bäuerinnen und Bauern bestmöglich zu erreichen. In einer weiteren Phase wird es Fachveranstaltungen und eine Info-Tour geben.

Köstinger: Mehr Mittel als in der Vorperiode zur Verfügung

"Die Gemeinsame Agrarpolitik ab 2023 enthält die Werkzeuge, die unsere Landwirtschaft braucht, um für die großen Herausforderungen der Zukunft gerüstet zu sein. Durch neue Schwerpunkte konnten wir die Mittel, die direkt für unsere Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung stehen, erhöhen. Es stehen in der gesamten Periode um 365 Mio. Euro mehr zur Verfügung als in der Vorperiode - also so viel wie noch nie zuvor", betont Köstinger.

"Die Flächenzahlungen der 1. GAP-Säule werden sich reduzieren. Daher haben wir ein System geschaffen, mit dem die Betriebe diese Differenz durch das Agrarumweltprogramm möglichst ausgleichen oder ihre Leistungsabgeltungen sogar erhöhen können. Für mehr Klima- und Umweltleistungen, aber auch für Tierwohl wird es mehr Geld geben. Um unsere Bäuerinnen und Bauern darüber zu informieren, welche Möglichkeiten es im Rahmen der GAP künftig für sie gibt, starten wir die Informationsoffensive 'LandWIRtschaft - Gemeinsam Zukunft gestalten', so Köstinger.

"Durch unseren massiven Einsatz ist es gelungen, die GAP so erträglich und praxistauglich wie möglich zu gestalten - trotz Green Deal. Mit dem erreichten Ergebnis können wir unsere Bäuerinnen und Bauern dabei unterstützen, ihren Betrieb klima- und umweltfreundlich sowie gleichzeitig wirtschaftlich erfolgreich für die Zukunft auszurichten", betont die Ministerin. Im Zentrum der österreichischen Agrarpolitik stehe weiterhin der bäuerliche Familienbetrieb.

Moosbrugger: Betriebe bei Maßnahmenmix gezielt unterstützen

"Faktum ist, dass im Rahmen der GAP ab 2023 noch mehr Umwelt- und Klimaleistungen von den Bäuerinnen und Bauern verlangt werden. Auch die Märkte verzeichnen immer stärkere Preisschwankungen und sind daher eine wachsende Herausforderung - sowohl kosten- wie auch erlösseitig. Daher ist es entscheidend, unseren bäuerlichen Betrieben Instrumente in die Hand zu geben, damit sie sich für die Zukunft rüsten können. Die GAP-Informationsoffensive soll unsere bäuerlichen Familienunternehmen dabei unterstützen, den besten Maßnahmenmix für ihren Betrieb zu finden. Je mehr Bauernhöfe an Agrarumweltmaßnahmen teilnehmen, desto mehr profitiert unser Land. Gemeinsam mit dem Ministerium müssen wir auch unsere Bildungs- und Beratungsinhalte an die neuen Herausforderungen anpassen", stellt Moosbrugger fest.

"Eng in Zusammenhang mit der GAP und den Märkten steht auch der Green Deal mit Farm2Fork, Biodiversitäts- und Waldstrategie. Wir fordern daher die EU-Kommission auf, die Analyse ihres eigenen Wissenschaftsdienstes und weitere Studien zu berücksichtigen. Diese sagen infolge der Reduktion von Dünger und Pflanzenschutz wie auch Außer-Nutzung-Stellung von Flächen sinkende Erträge und Bauerneinkommen sowie eine deutliche Verlagerung der Treibhausgasemissionen in andere Regionen voraus. Daher muss diese Pseudo-Nachhaltigkeitsstrategie dringend nachgebessert werden. Lebensmittel-, Energie- und Rohstoffversorgung sind zentrale Sicherheitsfragen der Zukunft. Für echte Nachhaltigkeit braucht es nicht nur Umwelt, sondern auch Wirtschaft", unterstreicht Moosbrugger.

EU-Außenschutz muss verbessert werden

"Europa und gerade Österreich schrauben ihre Umwelt- und Klimaschutzstandards in der Land- und Forstwirtschaft immer mehr in die Höhe. Das bedeutet eine enorme Herausforderung für die bäuerlichen Familienbetriebe. Wir fordern daher, dass der EU-Außenschutz verbessert wird. Was für unsere Bauern beim Tierwohl, Pflanzen- und Klimaschutz gilt, muss genauso für Importprodukte gelten. Weiters brauchen wir endlich die Umsetzung der verpflichtenden Herkunftskennzeichnung durch den Gesundheitsminister. Konsumenten sollen bewusst zu unserer hohen Qualität greifen können", so der LKÖ-Präsident. Er weist in diesem Zusammenhang auf die erschreckend hohe Lebensmittelverschwendung hin. Offensichtlich seien Nahrungsmittel immer noch zu billig, dies zeige sich auch bei den ständigen Tiefpreis-Aktionen im Handel. Die Preise müssten den stark gestiegenen Betriebsmittelkosten Rechnung tragen, fordert Moosbrugger.

Strasser: Österreichische Qualitätsstrategie konsequent weiterentwickeln

"Die Strategie 'Qualität vor Quantität' ist seit Jahren fest in der österreichischen Agrarpolitik sowie in den Konzepten der Verbände und Genossenschaften verankert. Aus unzähligen Gesprächen weiß ich: Unsere Bauernfamilien wollen nicht wachsen oder weichen. Sie wollen mit dem, was auf ihrem Standort zur Verfügung steht, ein Maximum an Wertschöpfung erzielen. Deshalb entwickeln wir die österreichische Qualitätsstrategie mit den Schwerpunkten Tierwohl, Klimaschutz und Artenvielfalt weiter. Bewährte Qualitätsprogramme, wie Bio oder das AMA-Gütesiegel, bieten mehr Preisstabilität und Sicherheit auch in Krisenzeiten. Mit der neuen GAP unterstützen wir diese Vermarktungsinitiativen direkt am Bauernhof. Damit ermöglichen wir mehr Akzeptanz in der Gesellschaft, verbessern unsere Chancen auf den Märkten und schaffen wirtschaftliche Perspektiven", ist Strasser überzeugt.

"Die Forderungen der Gesellschaft nach mehr Tierwohl und Klimaschutz stellen die Land- und Forstwirtschaft vor große Herausforderungen. Mehrkosten, etwa durch Investitionen in moderne Haltungssysteme, können die Bäuerinnen und Bauern aber nicht alleine schultern. Die neue GAP schafft deshalb finanziell attraktive Anreize - speziell auch für Jungbäuerinnen und -bauern. Damit möglichst viele Betriebe beim Agrarumweltprogramm mitmachen, braucht es aber auch eine positive Preisperspektive auf den Märkten. Verarbeiter, Gastronomie, Handelsketten und in letzter Konsequenz auch die Konsumenten sind nun gefordert. Alle handelnden Akteure entlang der Wertschöpfungskette können sich jeden Tag für mehr Tierwohl, Klimaschutz und Artenvielfalt entscheiden", so Strasser. (Schluss) kam

Treibhausgasemissionen 2020 in Österreich um 7,7% gesunken

Landwirtschaft verringerte Ausstoß seit 1990 um mehr als 16%

Wien, 24. Jänner 2022 (aiz.info) - Die Treibhausgasemissionen sind in Österreich im Jahr 2020 um 7,7% auf 73,6 Mio. t CO₂-Äquivalent gesunken. Der maßgebliche Grund für diese Reduktion liegt in den Auswirkungen der globalen Corona-Pandemie, die vielfältige Einschränkungen von Wirtschaft und Gesellschaft mit sich brachten. Auch in der Landwirtschaft war bei den Emissionen ein Rückgang zu verzeichnen. Für 2021 geht das Umweltbundesamt aufgrund der deutlich schwächeren Pandemieeffekte von einem Anstieg der gesamten heimischen Emissionen um rund 4% aus.

Im Sektor Landwirtschaft wurden die THG-Emissionen 2020 im Ausmaß von 7,9 Mio. t CO₂-Äquivalent verursacht. Das sind um 0,2% weniger Emissionen als im Jahr 2019. Verantwortlich dafür ist nach Angaben des Umweltbundesamtes unter anderem ein rückläufiger Viehbestand. Gegenüber dem Basisjahr 1990 konnte der Agrarsektor seine Emissionen um 16,3% verringern. Im Berichtsjahr 2020 lag der Anteil der Landwirtschaft an den gesamten THG-Emissionen bei 10,8%, somit kamen knapp 90% aus anderen Sektoren.

Energie und Industrie sind die größten Verursacher

Der Sektor Energie und Industrie ist mit zirka 32,4 Mio. t CO₂-Äquivalent der größte Emittent an Treibhausgasen in Österreich. Im Jahr 2020 ist der Ausstoß in diesem Bereich um 7,6% gesunken. Die Emissionshandelsbetriebe verursachten dabei einen Ausstoß von rund 27,0 Mio. t CO₂-Äquivalent (Energie: 7,8 Mio. t, Industrie: 19,2 Mio. t). Das sind um zirka 8,6% weniger als im Jahr 2019. Die geringere Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie, bedingt durch die Corona-Pandemie, die Stilllegung des letzten österreichischen Kohlekraftwerkes und die geringere Stromerzeugung aus Großkraftwerken spielten hier eine maßgebliche Rolle. Die Emissionen der Industrie- und Energiebetriebe, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, sind zwischen 2019 und 2020 um 2,7% auf 5,3 Mio. t gesunken.

Verkehr: Mehr als plus 50% seit 1990

Der Sektor Verkehr wies im Jahr 2020 THG-Emissionen von 20,7 Mio. t CO₂-Äquivalent auf. Im Vergleich zu 2019 ergab sich ein Rückgang um 13,5%. Gründe dafür sind die Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie und der dadurch verringerte fossile Kraftstoffabsatz. Die Fahrleistung des Pkw-Verkehrs im Inland ist - ebenfalls pandemiebedingt - gegenüber 2019 um rund 17% gesunken. Gegenüber dem Basisjahr 1990 haben sich die Emissionen im Verkehr jedoch um mehr als die Hälfte (+50,7%) erhöht, das ist der höchste Anstieg aller Kategorien.

Der Sektor Gebäude verursachte im Jahr 2020 zirka 8 Mio. t an THG-Emissionen, das entspricht einem Rückgang von 0,4%. Die Witterung war etwas kühler als im Jahr davor, die Anzahl der Heizgradtage nahm um 1,8% zu. Der Einsatz fossiler Energieträger im Gebäudesektor wurde um 0,3% reduziert, während die Nutzung von Umgebungswärme, Solar- und Geothermie zunahm.

Die Abfallwirtschaft emittierte im Jahr 2020 zirka 2,3 Mio. t CO₂-Äquivalent und somit etwas weniger (-2,8%) als im Vorjahr. Diese Reduktion ist auf gesunkene Emissionen aus der Abfallverbrennung sowie auf die rückläufige Deponiegasbildung zurückzuführen. Der Ausstoß an fluorierten Gasen wurde im Berichtsjahr um 4,4% auf 2,2 Mio. t CO₂-Äquivalent reduziert. (Schluss) kam

Ökosoziale Steuerreform schafft Spagat zwischen Umweltschutz und Entlastung

Langer-Weninger: Neue Chancen für Landwirte als Energierohstofflieferanten

Linz, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - "Mit der Ökosozialen Steuerreform ist der Spagat zwischen ambitioniertem Umweltschutz und steuerlicher Entlastung geglückt", sagt Oberösterreichs Agrar-Landesrätin **Michaela Langer-Weninger**. Bis 2025 sollen ökologische Anreize gepaart mit sozialen wie wirtschaftlichen Entlastungen in Höhe von 18 Mrd. Euro umgesetzt werden. Das sei eine sechs Mal höhere Entlastung als etwa im Nachbarland Deutschland geplant. "Der Beschluss im Nationalrat hat nicht nur eine beachtliche steuerliche Entlastung für Österreichs Bürgerinnen und Bürger in die Wege geleitet, sondern eröffnet den Bäuerinnen und Bauern neue Chancen. Sie können sich als Rohstofflieferanten von Biomasse und anderen erneuerbaren Energiequellen positionieren und ihre Höfe in Richtung Energieautarkie führen", so Langer-Weninger.

Niedrigere Krankenversicherungsbeiträge unter bestimmten Voraussetzungen, die Senkung des fiktiven Ausgedinges und der regionale Klimabonus seien "wichtig und richtig - gerade jetzt, wo die Familienbetriebe mit stark gestiegenen Betriebsmittelpreisen konfrontiert sind und der Druck auf das bäuerliche Einkommen steigt", betont Langer-Weninger. Maßnahmen wie die CO₂-Rückerstattung beim Agrardiesel sorgten zwar dafür, dass die Betriebe nicht noch zusätzlich belastet werden, wirklich nötig seien aber fairere, also höhere Erzeugerpreise. "Nur so kann die wirtschaftliche Existenz der kleinstrukturierten Familienbetriebe und damit auch die Versorgungssicherheit im Land auf Dauer gesichert werden", ist die Agrar-Landesrätin überzeugt. (Schluss)

"Wolfsverordnung" soll von Kärntner Landesregierung morgen beschlossen werden

LK-Präsident Huber: Schutz der Weidetiere auf Almen faktisch unmöglich

Klagenfurt, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - Die Kärntner Landesregierung soll morgen, Dienstag, die "Wolfsverordnung" beschließen. Damit soll ein gezielter und rascher Abschuss von Schad- und Risikowölfen sowie Wolfshybriden im Tal und auf den Almen zum Schutz von Mensch und Tier ermöglicht werden. Ein weiteres zentrales Element ist die Abgrenzung der Kärntner Almen als Weideschutzgebiete. "Wölfe haben in Kärnten keinen Platz. Insbesondere der Sommer 2021 hat gezeigt, dass rasche Abschüsse möglich sein müssen, da der Schutz der Weidetiere insbesondere auf Almen faktisch unmöglich und den Bauern auch nicht zumutbar ist", erklärt Landwirtschaftskammer (LK) Kärnten-Präsident **Siegfried Huber**.

Durch die Anwendung österreichweiter, objektiver Kriterien stehe nun nachweislich fest, dass der Aufwand für den Schutz der Weidetiere durch Zäune oder Hunde auf Kärntens Almen rechtlich und technisch unverhältnismäßig sei. "Im Tierpark Schönbrunn müssen Wölfe durch 3 m hohe Maschendrahtzäune mit Übersprungschutz am Ausbrechen gehindert werden. Uns Bauern will man jedoch weismachen, dass wir in unwegsamem Gelände den Wolf mit 1 m hohen Weidezäunen vom Einbrechen in unsere Almweiden abhalten können. Dass das nicht machbar ist, haben wir jetzt schwarz auf weiß", begrüßt Huber die Ausweisung der Kärntner Almen als Weideschutzgebiete. Erst das ermögliche die gezielten Abschüsse von Wölfen.

Positiv ist für Huber zudem, dass die Verordnung auch Abschüsse im Talbereich regelt. Der Herbst vergangenen Jahres habe gezeigt, dass die Wölfe den Weidetieren ins Tal folgten und in besiedelten Gebieten auftauchten. "Deshalb ist es wichtig, dass nun auch Abschüsse vorgesehen sind, wenn sich Wölfe im Tal zu nah an Stallungen oder Weidevieh heranwagen oder Tiere verletzen beziehungsweise töten. Nur so können wir die traditionelle Weidehaltung in Kärnten vor und nach dem Almsommer schützen - die Basis für gesunde Tiere und hochwertige Lebensmittel", so der LK Kärnten-Präsident.

Der Abschuss von Hybridwölfen aus Kreuzungen von Wolf und Hund sei deshalb wichtig, weil umherstreifende Wölfe aus Italien ins Land Kärnten drängten. So berichten italienische Experten von einem Rudel Wolfs-Hund-Hybriden, das derzeit im Raum Tarvis unter Beobachtung steht, denn nicht zuletzt berge eine Hybridisierung die Gefahr, dass die natürliche Scheu vor dem Menschen bei den Hybridwölfen verloren gehe.

Volle Rückendeckung für die Jägerschaft

Trotz "Wolfsverordnung" stellt Huber im Hinblick auf die heurige Weidesaison klar: "Es wird wieder blutige Attacken auf unsere Tiere geben. Aber nun haben wir eine schnellere Handhabe und müssen nicht den langwierigen Umweg über Abschussbescheide gehen. Das ermöglicht der Jägerschaft ein rascheres Eingreifen zum Schutz von Mensch und Weidetieren als bisher." An die Kärntner Jägerschaft appelliert der LK Kärnten-Präsident, im Fall einer Freigabe zum Abschuss ihrer Verantwortung gerecht zu werden und die Wölfe entsprechend zu bejagen: "Wir können diese Herausforderung nur gemeinsam meistern. Die Jäger haben die volle Rückendeckung der Landwirtschaft, denn ohne sie ist die Verordnung nicht umsetzbar." Abschließend ruft Huber auch die Bevölkerung auf, sich hinter die Jägerschaft zu stellen: "Der Wolf ist ein Wildtier und hat in einem

dicht besiedelten Land wie Kärnten keinen Platz. Gezielte Abschüsse sind daher notwendig - zum Schutz von Tier und Mensch." (Schluss)

Gahr stellte parlamentarische Anfrage zur Situation mit großen Beutegreifern

Weideschutzzonen in Österreich umsetzbar

Wien, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - Eine parlamentarische Anfrage an Bundesministerin Leonore Gewessler rund um die Problematik mit den großen Beutegreifern Wolf und Bär hat **Hermann Gahr**, Tiroler Bauernbund-Abgeordneter und Forum-Land Obmann, eingebracht. 21 Fragen sollen von Bundesministerin Gewessler bis spätestens 20. März beantwortet werden. "Die Probleme rund um die Rückkehr der Wölfe und Bären kann mittlerweile als dramatisch beschrieben werden. Österreichweit gab es im vergangenen Jahr 497 von Wölfen verursachte Schafsrissen. Tirol ist hier besonders leidgeprüft, dort fielen rund 256 Schafe Wölfen zum Opfer. Neben den Hunderten Rissen gab es auch zahlreiche frühzeitige Almbetriebe. Viele Bauern wollen ihre Tiere im Sommer nicht mehr auf die Almen treiben. Das wäre eine Katastrophe für die Landwirtschaft und die gesamte Gesellschaft", erklärte Gahr.

Es brauche Klarheit, was die Zuständigkeiten und Verantwortung bezüglich der großen Beutegreifer betreffe. Die drei Bundesländer Tirol, Kärnten und Salzburg haben bereits reagiert und Sonderregelungen zur leichteren Entnahme von Wölfen und Bären beschlossen. "Neben den Lösungen in den einzelnen Bundesländern braucht es ein österreichweites Wolfsmanagement. Dieses muss nun endlich in Angriff genommen werden", so Gahr.

In einem Gutachten des Rechtsexperten Roland Norer wird aufgezeigt, dass Weideschutzzonen in Österreich nach Vorbild von Schweden und Finnland umsetzbar sind und so große Beutegreifer leichter entnommen werden könnten. Gahr möchte von Ministerin Gewessler wissen, wie sie das Gutachten und die darin aufgezeigten Möglichkeiten inklusive der Ausweisung von Weideschutzzonen beurteilt. "Laut Experten ist die traditionelle Rentierzucht in Schweden und Finnland gleichzusetzen mit der traditionellen Almwirtschaft in Österreich. Deswegen brauchen wir in Österreich für sensible Gebiete auch eine derartige Ausnahmeregelung. Ministerin Gewessler soll genau erläutern, worin der Unterschied zwischen der österreichischen Almwirtschaft und der Rentierzucht besteht. Wieso ist die Almwirtschaft nicht schützenswert oder wieso ist sie anders zu beurteilen? Das würde mich und vor allem die betroffenen Bäuerinnen und Bauern sehr interessieren", erklärte Gahr. (Schluss)

Titschenbacher: Holznutzung ist Klimaschutz ohne Atomkraft

Broschüre "Wald.Holz.Energie" bereitet Faktenlage auf

Wien, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - Der Österreichische Biomasse-Verband hat heute, Montag, die Broschüre "Wald.Holz.Energie" veröffentlicht. Namhafte Klimawissenschaftler sowie Wald- und Energieexperten setzen sich darin mit den Lösungen der Forst- und Holzwirtschaft für die Klimakrise auseinander. "Die Fachbeiträge der Publikation zeigen, dass die nachhaltige Waldbewirtschaftung mit klimafitten, vitalen Bäumen wesentlich besser für den Klima- und Biodiversitätsschutz ist als die großflächige Umwandlung der Wirtschaftswälder in nutzlose, durch den Klimawandel massiv gefährdete Kohlenstoffendlager", erklärt **Franz Titschenbacher**, Präsident des Biomasse-Verbandes.

"Unser Wald sichert rund 300.000 Arbeitsplätze, stellt uns den Rohstoff Holz zur Verfügung und ist gleichzeitig die mit Abstand bedeutendste heimische Energiequelle. Die Bestrebungen der EU-Kommission, zum Ausstieg aus Kohle, Öl und Erdgas auf Atomkraftförderung zu setzen, Wälder für den Klimaschutz außer Nutzung zu stellen und die regionale Holzenergienutzung auszubremsen, sind nicht akzeptabel. Mit der Forcierung des Holzbaus, der energetischen Nutzung der Koppelprodukte und neuer Technologien, wie Pflanzenkohle oder Kohlenstoffabscheidung aus der Verbrennungsluft (BECCS), haben wir die richtigen Antworten, um aus fossilen Brennstoffen auszusteigen und aktiv Kohlenstoff aus der Atmosphäre zu entfernen", so Titschenbacher.

Schellhuber: Holz muss wichtigster Rohstoff für Gebäude werden

"Die Erde erwärmt sich rapide, die Gefahr einer 'Heiß-Zeit' mit dramatischen Folgen für die Menschheit wächst", warnt Klimaforscher **Hans Joachim Schellhuber**. 2021 hat sich der Klimawandel in Mitteleuropa mit Extremwetterereignissen wie Hitzewellen, Dürren oder Überschwemmungen besonders stark bemerkbar gemacht. "Nur wenn wir das Pariser Klimaabkommen einhalten, können Kippelemente wie das Abreißen des Golfstroms, das Abschmelzen der Ostantarktis oder die Versteppung des Amazonas-Regenwaldes noch vermieden werden", erklärt Schellhuber und spricht sich für Holz als wichtigsten Rohstoff im Gebäudebereich aus. Der Bausektor ist für rund 40% der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Klimastabilisierung nur mit negativen Emissionen möglich

Einen raschen Aufbau von Negativemissionstechnologien zur Einhaltung des 1,5° C-Zieles fordert auch **Michael Obersteiner** von der Universität Oxford. "Die jüngste Klimakonferenz in Glasgow hat gezeigt, dass die Staaten nicht in der Lage sind, sich auf ausreichende Emissionsreduktionen zu einigen", erklärt Obersteiner. "Neben Aufforstungen im großen Stil benötigen wir weltweit dringend eine kohlenstoff-optimierte Waldbewirtschaftung inklusive der großen 'CO₂-Staubsauger' BECCS und Biokohle", so der Experte. Bei BECCS wird CO₂ aus der Verbrennung von Biomasse abgeschieden und unterirdisch eingelagert. Bei der Pflanzenkohle wird der gespeicherte Kohlenstoff langfristig im Boden oder in Baustoffen gebunden.

Klare Vorteile für den Wirtschaftswald

Vonseiten des Naturschutzes wird oft argumentiert, dass die Klimaschutzwirkung des Waldes nur in einem nicht-bewirtschafteten Wald durch reinen Vorratsaufbau voll zur Geltung kommt. Nach Ansicht der Forstexperten ist dies ein gefährlicher Trugschluss. "Auch im Wirtschaftswald werden hohe Holzvorräte aufgebaut und damit fossile Treibhausgasemissionen kompensiert. Als zusätzliche Leistung führt die Bewirtschaftung durch stoffliche und energetische Holzverwendung zur konkreten Einsparung fossiler Brennstoffe und energieintensiver Materialien", stellt **Ernst-Detlef Schulze** vom Max-Planck-Institut für Geochemie richtig. "Wird weniger Holz genutzt, stellt der Wald zwar für einen beschränkten Zeitraum eine stärkere CO₂-Senke dar, die gesamte Bilanz fällt allerdings schlechter aus, weil als Ersatz weitgehend auf fossile Rohstoffe zurückgegriffen werden muss", bekräftigt **Peter Mayer**, Leiter des Bundesforschungszentrums für Wald.

Nur aktive Waldbewirtschaftung schafft klimafitte Wälder

Kritik üben die Forstexperten auch an der EU-Waldstrategie, in der großflächige Außer-Nutzung-Stellungen und eine massive Reduktion der Holzerntemengen vorgesehen sind. Dazu Stefan Zwettler von der Landwirtschaftskammer Steiermark: "Stellt man den Wald außer Nutzung, würde in vielen Regionen und Gebirgslagen der Standort- und Objektschutz aufgrund instabiler Waldbestände nicht mehr gewährleistet sein. Durchforstungsmaßnahmen und Verjüngungshiebe tragen dazu bei, Bäume vital zu halten, Baumkronen Raum zu geben, Struktur und Schichtung in die Waldbestände zu bringen, Mischbaumarten zu fördern und Kalamitäten durch Schadinsekten hintanzuhalten. Eine raschere Klimawandelanpassung ist nur durch nachhaltige Waldwirtschaft zu erzielen." Auf die Nutzungspotenziale des europäischen Waldes zu verzichten, würde eine Verschiebung der Holzproduktion in Regionen bedeuten, in denen keine vergleichbar hohen Umwelt-, Sozial- und Waldbewirtschaftungsstandards wie in Europa herrschen, warnt auch Martin Höbarth, Geschäftsführer des Österreichischen Forstvereins.

1 kg biogener Kohlenstoff ersetzt mehrere kg fossilen Kohlenstoff

"In Holzprodukten oder Pflanzenkohle als Nebenprodukt der Holzenergie bleibt der Kohlenstoff über Jahrzehnte gespeichert. Die Koppelprodukte, die vom Wald bis zur Baustelle anfallen, können für kurzlebige Holzprodukte und erneuerbare Energie verwendet werden. Bioenergie ist dabei besonders klimaeffizient", fasst Christoph Pfemeter, Geschäftsführer des Biomasse-Verbandes, zusammen. "Mit einer modernen Holzheizung können mit 1 kg mehrere kg fossiler Kohlenstoff ersetzt werden. Klimafitte Wirtschaftswälder können uns zwar nicht unendlich viel, aber für unendlich lange Zeit mit Rohstoffen versorgen. Diese Broschüre soll auch eine Einladung an die Kritiker der Bioenergie sein, sich mit uns gemeinsam zu beraten. Zusammen schaffen wir den Ausstieg aus der fossilen Energie, auch ohne Atomkraft und Waldverwüstung, dafür aber in einer gemeinsamen, nachhaltig gelebten Verantwortung."

Die Farbbroschüre im DIN-A5-Format umfasst 104 Seiten mit zahlreichen Fotos und Grafiken. Eine digitale Version kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:
<https://www.biomasseverband.at/publikationen/>. (Schluss)

EU-Schlachtrindermarkt: Angebot weiterhin überschaubar

Österreich: Preise für Kühe ziehen abermals an

Wien, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - Wie schon in den vergangenen Wochen fällt in der EU das Aufkommen an Schlachtrindern weiterhin überschaubar aus. In Deutschland nimmt das Angebot an Jungstieren zwar insgesamt etwas zu, dennoch lassen sich die vorhandenen Mengen ohne Probleme absetzen. Die Preisbildung erfolgt regional etwas unterschiedlich. Für Verunsicherung sorgt dabei die Pandemie, da immer mehr Schlachthöfe ihre Verarbeitungsmengen aufgrund von Personalmangel reduzieren müssen. Bei Schlachtkühen ist das Angebot noch etwas kleiner, die Preise steigen nochmals an.

In Österreich hat laut Rinderbörse das Angebot an Jungstieren leicht zugenommen, die Mengen lassen sich aber derzeit gut absetzen. Im Lebensmitteleinzelhandel wird das Geschäft etwas ruhiger, wobei die leicht sinkenden Mengen seitens des Großhandels kompensiert werden. Die Preise sind stabil. Im Schlachtkuhbereich trifft nach wie vor ein überschaubares Angebot auf eine gute Nachfrage. Vor allem die Exportsituation und die Schweiz-Kontingente für den nächsten Monat sind sehr gut. Die Preise ziehen abermals an. Bei den Schlachtkälbern nimmt die angebotene Menge leicht zu und trifft auf einen sinkenden Bedarf. Die Notierungen tendieren daher nochmals nach unten.

Die Österreichische Rinderbörse rechnet diese Woche bei der Vermarktung von Jungstieren der Handelsklasse R2/3 mit einem stabilen Preis von 4,15 Euro/kg Schlachtgewicht. Für Kalbinnen werden 3,57 Euro/kg erwartet. Die Notierung für Schlachtkühe steigt auf 2,77 Euro, während sie bei Schlachtkälbern auf 6,05 Euro sinkt. Die angegebenen Basispreise sind Bauernauszahlungspreise ohne Berücksichtigung von Qualitäts- und Mengenzuschlägen. (Schluss)

FH-Studenten präsentierten Lösungen für die Präzisionslandwirtschaft

Produktion mit speziellen Sensoren erhöhen

Wiener Neustadt, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - Studierende der FH Wiener Neustadt (FHWN) haben sich im Rahmen des "Transfarm Students Workshop" mit Zukunftstrends und dem Bauernhof der Zukunft beschäftigt. Im Rahmen des EU-Projektes "Transfarm 4.0" präsentierten Studierende aus dem fünften Semester des FHWN-Bachelorstudiengangs "Agrartechnologie & Digital Farming" ihre Ergebnisse aus der Lehrveranstaltung "Projektwochen". Das EU-Projekt "Transfarm 4.0" zielt darauf ab, die direkte Beteiligung von Landwirtinnen und Landwirten an der Präzisionslandwirtschaft zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Lieferketten für eine fortschrittliche Präzisionslandwirtschaft zu steigern. "Für unsere Studierenden war es eine wertvolle Erfahrung, im Rahmen eines großen EU-Projektes ihre Arbeiten auf internationaler Bühne und in englischer Sprache präsentieren zu dürfen", so Studiengangsleiter **Jürgen Karner**.

Matthias Wahl und Helmut Steinkellner versuchten, Ackerkulturen mittels der von Satelliten gelieferten Spektralinformationen zu erkennen und zu unterscheiden. Die Bilder zur Berechnung des Vegetationsindizes für die wichtigsten Ackerkulturen in Österreich stammen vom Sentinel-2-Satelliten. Das initialisierte Modell konnte eine Vorhersagesicherheit von beachtlichen 86% erreichen.

Alexander Waschl und Maximilian Kölbl können mit einem eigens entwickelten Algorithmus und dem damit verbundenen YOLO-Modell ("You Only Look Once") den Entwicklungsstand bei Erdbeerblüten feststellen. Mit dem System kann zwischen blühenden, verblühten und abgefrorenen Pflanzenteilen unterschieden werden. In weiterführenden Arbeiten sollen nun Modelle zu Ertragsabschätzungen und zur frühzeitigen Erkennung von Ernteverlusten erstellt werden.

Das Team von Sarah Sulzer, Andreas Wilhelm und Markus Wallner versuchte anhand der CAN-Bus-Daten eines Traktors, die GNSS-Daten zu extrahieren und zwischen Straßen- und Feldfahrt zu unterscheiden. So sollen in Zukunft die Einsatzstunden überbetrieblich genutzter Maschinen exakt und fair abgerechnet werden. Der vorgestellte Künstliche Intelligenz (KI)-Algorithmus kann sogar zwischen Feldarbeit, Wendemanövern und Stillstand unterscheiden. (Schluss)

LFS Hollabrunn als erster Green Care-Gartenhof zertifiziert

Kooperation mit Pflege- und Betreuungszentrum geplant

Hollabrunn, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - Der Agrarbetrieb der Landwirtschaftlichen Fachschule (LFS) Hollabrunn (NÖ) wurde als erster Green Care-Gartenhof in Österreich ausgezeichnet. Die LFS betreibt einen Acker- und Weinbaubetrieb mit Rindern, Schweinen, Hühnern und Gänsen, der als Lehrbetrieb der Schule nicht nur Wissen rund um die Tierpflege sowie Lebens- und Futtermittelproduktion bietet, sondern auch Green Care-Angebote in der Praxis erlebbar macht. Das Green Care-Label wurde im Zuge der Re-Zertifizierung auch für die seit 2018 am Betrieb bestehenden Bereiche Tiergestützte Intervention, Tiererlebnis und Bildung am Hof vergeben. Die Schülerinnen und Schüler der LFS Hollabrunn haben die Möglichkeit, sich im Rahmen des Unterrichts in die Projekte einzubringen und so unmittelbar zu erfahren, wie Green Care in der Praxis umgesetzt werden kann.

"Nachdem mehrere unserer Lehrerinnen in den letzten Jahren umfangreiche Green Care-Ausbildungen absolviert haben, bieten sie als Fachkräfte Angebote für Einzelkunden, Kindergärten und Schulen sowie für ältere Menschen an. Künftig wird es auch eine Kooperation mit dem Pflege- und Betreuungszentrum Hollabrunn geben", erklärte **Rudolf Reisenberger**, Direktor der LFS. "Mit dem Gartenhof nutzen wir nun gezielt die wohltuende Wirkung von gartenpädagogischen Interventionen für unsere Zielgruppen und ergänzen so unser vielfältiges Green Care-Angebot am Betrieb", sagt Lehrkraft **Silvia Brandstätter**. "Durch die Verankerung in den Lehrplänen der LFS Hollabrunn kann dieses Wissen später in die Weiterentwicklung der eigenen Betriebe fließen und somit den Grundstein für die Green Care-Höfe der Zukunft legen", freut sich **Robert Fitzthum**, Obmann des Vereins Green Care Österreich und Direktor der Wiener Landwirtschaftskammer.

In Österreich werden von 109 zertifizierten Betrieben insgesamt 189 Green Care-Angebote in 99 Gemeinden umgesetzt, vom Tageszentrum für ältere Menschen am Hof über die Tiergestützte Intervention bis zum Bauernhofkindergarten. Wie durch eine WIFO-Studie erst kürzlich belegt, werden dadurch auch beachtliche regionalwirtschaftliche Impulse gesetzt, wird betont. (Schluss)

Weißrussland: Agrarexporte 2021 auf neuem Höchststand

42% mehr Lieferungen in Drittstaaten

Minsk, 24. Jänner 2021 (aiz.info). - Die Ausfuhren von Agrar- und Ernährungsgütern aus Weißrussland haben 2021 mit insgesamt rund 6,5 Mrd. USD (5,7 Mrd. Euro) einen neuen Rekordwert erreicht. Gemessen am Vorjahr seien das fast 700 Mio. USD (616,8 Mio. Euro) mehr gewesen, wie die amtliche Nachrichtenagentur Belta unter Berufung auf den stellvertretenden Landwirtschaftsminister **Igor Brylo** berichtet. Er hob hervor, dass die Exporte in die Partnerländer der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) einschließlich Russland um 12%, in die Drittstaaten jedoch um 42% zunahmen. Dabei wies der Beamte auf das Ziel hin, zum Jahr 2025 die Agrarausfuhren auf 7 Mrd. USD (6,2 Mrd. Euro) auszubauen. (Schluss) pom

Neue Staatsmeister der österreichischen Gartengestalter kommen aus Tirol

Hohes Niveau bei den AustrianSkills 2021 von 20. bis 23. Jänner 2022 in Salzburg

Salzburg, 24. Jänner 2022 (aiz.info). - Nachdem sie zweimal Corona-bedingt verschoben werden mussten, gingen die österreichischen Staatsmeisterschaften der Gartengestalter 2021 am vergangenen Wochenende im Salzburger Messezentrum endlich über die Bühne. Zwar ohne Publikum vor Ort, jedoch konnten sich Interessierte über diverse Social-Media-Plattformen permanent über den Fortgang des Wettbewerbs auf dem Laufenden halten und via Livestream auch bei der Siegerehrung dabei sein.

Hertl: "Unglaublich hohes Niveau"

Insgesamt 200 Fachkräfte in 32 Berufen stellten bei den AustrianSkills 2021 ihre handwerklichen Fähigkeiten unter Beweis, darunter auch vier heimische Gartengestalter-Teams, die mit ihrem großen Können und ihrer Motivation beeindruckten. Die neuen Staatsmeister kommen mit Christoph Schipflinger und Julian Erharter (beide vom Betrieb Ing. B.u. J. Hussl Gartengestaltungs- u. Landschaftsbau Ges.m.b.H. & Co. KG) aus Tirol. Silber holten sich Bernhard Moosbrugger (Betrieb Ing. Anton Moosbrugger, Gartengestaltung Hörbranz) und Stefan Winder (Betrieb Philipp Alge Gartenbau) aus Vorarlberg, Bronze ging an das oberösterreichische Team Timo Hattinger (Betrieb ProVerde) und Verena Mühlehner (Betrieb Langeder Ges.m.b.H).

18 Stunden lang hatten die Gartengestalter-Teams Zeit, um die anspruchsvollen Aufgaben zu erfüllen, die es erfordert, in dieser kurzen Zeitspanne einen Garten anzulegen, wie etwa Wege und Flächen zu pflastern, einen Rollrasen zu verlegen und die dazu passenden Pflanzen nach Plan und eigener Gestaltung zu setzen.

"Ich gratuliere allen unseren Gartengestalter-Teilnehmer/-innen zu ihrer hervorragenden Leistung und natürlich dem neuen Staatsmeister-Duo zu ihrem großen Erfolg", so **David Hertl**, Bundesinnungsmeister der Gärtner und Floristen in der Wirtschaftskammer Österreich. "Die AustrianSkills haben wieder einmal das unglaublich hohe Niveau unserer jungen Talente gezeigt, und ich bin stolz auf die Qualität unserer Fachausbildung, die unseren Nachwuchs auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft vorbereitet."

Qualifikation für WorldSkills 2022 und EuroSkills 2023

Die Staatsmeisterschaften dienen zudem als Vorentscheidung für die Teilnahme an den beiden Berufswettbewerben WorldSkills, die heuer in Shanghai (China) stattfinden werden, sowie für die EuroSkills 2023, die in St. Petersburg (Russland) durchgeführt werden.

"Unsere heimischen Gartengestalter nehmen seit 1999 an diesen internationalen Bewerben teil und erzielten seitdem mit Gold, Silber, Bronze sowie dem Leistungsdiplom "Medallion for Excellence" regelmäßige Bestplatzierungen", so **Wolfgang Meier**, Berufsgruppensprecher der österreichischen Gartengestalter. "Ich freue mich jetzt schon darauf, wenn unsere jungen Nachwuchsfachkräfte auch bei diesen internationalen Wettkämpfen ihr großes Potenzial zeigen." (Schluss) - APA OTS

2022-01-24/10:23